

Erscheint jeden Mittwoch und Sonnabend

Verlag und Redaktion: 1000 Berlin 31, Pfalzburger Straße 20 · Telefon: 86 21 89 · Verantwortlich für den Inhalt: Carl L. Guggomos · Diese Publikation erscheint im Verlag der EXTRA-Dienst GmbH Westberlin · Bezugsbedingungen: Inland monatlich DM 5,00; Ausland monatlich DM 6,00; Luftpostbelieferung Ausland monatlich DM 6,00 zuzüglich geltender Luftpostzuschlag · Bankverbindungen: Bank für Gemeinwirtschaft Berlin Konto 4712 und Postscheckkonto Berlin-West Konto 85 21 · Redaktionen setzen sich wegen Nachdrucken oder sonstiger Auswertung mit dem Verlag in Verbindung.

# BERLINER EXTRA DIENST

23. November 1968 - 94/11  
Einzelpreis DM 0.75

IN DIESER AUSGABE:

NEUBAUER-VERFAHREN: GUGGOMOS GIBT EINE ERKLÄRUNG AB (SEITE 2)

AFFÄRE TEGEL: EXTRA-DIENST-REDAKTEUR STELLT STRAFANZEIGE (SEITE 3)

WO WURDE EINE ÄUSSERUNG VON BISCHOF SCHARF VERDREHT? (SEITE 4)

WOCHE DES POLITISCHEN GEFANGENEN: BRIEFE AUS DER HAFT (SEITE 8)

DISKUSSION UM TAKTIK UND STRATEGIE DER APO: HAMBURGS ANARCHO-SYNDIKAT NIMMT STELLUNG (SEITE 9)



#### NEUBAUER-VERFAHREN: GUGGOMOS GIBT ERKLÄRUNG AB

Wie mehrfach berichtet, hat Bürgermeister Neubauer gegen EXTRA-Dienst-Chefredakteur Carl L. Guggomos Unterlassungs- und Widerrufsklage erhoben. Dadurch soll Guggomos untersagt werden, die Behauptung zu wiederholen, daß Bürgermeister Neubauer in einem Dienstgespräch im Zusammenhang mit der Vietnam-Demonstration vom 18. Februar 1968 geäußert haben, "auf ein paar Tote käme es ihm - Neubauer - nicht an". Durch die Ermittlungen der Staatsanwaltschaft und durch die Beweisaufnahme vor dem Landgericht Berlin hat sich herausgestellt, daß die Meldung auf einen Informanten zurückgeht, der sich an den CDU-Abgeordneten Karl-Heinz Schmitz mit der Bitte gewandt hatte, diese Nachricht parlamentarisch auszuwerten. Sowohl Schmitz als auch der Polizeipräsident Moch haben bei ihrer zeugenschaftlichen Vernehmung angegeben, daß sie den Umständen nach diese Nachricht für glaubhaft hielten. Der Zeuge Schmitz hat zusätzlich erklärt, daß auch wegen der Person des Informanten dieser Mitteilung Gewicht beizulegen war. Schmitz hat sich unter Berufung auf seine Rechte als Abgeordneter allerdings geweigert, den Namen des Informanten preiszugeben. Es besteht daher keine Möglichkeit, diesen Informanten zu befragen und als Zeugen durch das Landgericht vernehmen zu lassen. Der Polizeipräsident sowie die weiteren vom Landgericht vernommenen Teilnehmer der Dienstbesprechungen haben erklärt, daß sie eine solche Äußerung des Bürgermeisters nicht gehört haben. Der Beweis für die Richtigkeit der im EXTRA-Dienst veröffentlichten Nachricht läßt sich somit nicht führen. Guggomos hat sich daher in dem Klageverfahren verpflichtet, daß er die Behauptung, Bürgermeister Neubauer habe in einer dienstlichen Unterredung mit Polizeipräsident Moch oder ganz allgemein geäußert, ihm komme es auf ein paar Tote nicht an, und daß diese Äußerung im Zusammenhang stehe mit den Vorbereitungen polizeilicher Maßnahmen anläßlich der Vietnam-Demonstration vom 18. 2. 1968, nicht wiederholen werde. Guggomos hat sich auch bereit erklärt, diese Erklärung im EXTRA-Dienst an der gleichen Stelle wie die erste Meldung zu veröffentlichen, was hiermit geschehen ist. Das Verlangen Bürgermeister Neubauers, die Nachricht ausdrücklich zu widerrufen, hat Guggomos unter Hinweis auf die Rechtslage abgelehnt.

#### DDR: MARK FREI KONVERTIERBAR ?

Westliche Bankkreise wollen Nachrichten aus dem Sekretariat des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe (Comecon) aus Prag erhalten haben, wonach die stärksten Währungen der sozialistischen Staaten in absehbarer Zeit frei konvertierbar werden sollen. Das würde in erster Linie den sowjetischen Rubel und die ostdeutsche Mark betreffen. Dabei wird auf eine Information aus Helsinki hingewiesen, wonach der finnisch-sowjetische Handel als erster auf frei konvertierbare Valuta umgestellt werden soll. In der Kommission für wirtschaftliche Zusammenarbeit der beiden Länder werden zur Zeit bereits entsprechende Untersuchungen angestellt. Minister Tankmar Horn aus der handelspolitischen Abteilung des finnischen Außenministeriums hat erklärt, daß auf Wunsch der UdSSR bereits 1969 die Konvertierbarkeit Gegenstand von Verhandlungen sein wird. Die Mark der DDR dürfte als nächste folgen.

#### VR CHINA: 5. INTERNATIONALE IN VORBEREITUNG

Die Leiter der westeuropäischen Agenturen des chinesischen Nachrichtendienstes "Hsin - hua" und die "Attaches für Kulturrevolution" in den Botschaften von Paris und Stockholm bemühen sich derzeit um eine Koordination der mehr an Peking als an Moskau orientierten kommunistischen Gruppierungen und Parteien in Westeuropa, ferner auffällig um jene KP's, die die Intervention in der CSSR verurteilt haben, dem chinesischen Kurs ansonsten aber nicht gerade wohlwollend gegenüberstehen. Wie aus gut informierter Quelle zu hören ist, ist das Ziel die Einberufung einer anti-sowjetischen Weltkonferenz der KP's sowie die Gründung einer neuen (5.) Internationale, in der die chinesische KP dann die Führung hätte. Diese Weltkonferenz, mit dem Höhepunkt der Gründung der 5. Internationale, soll unmittelbar nach der Weltkonferenz der Kommunistischen und Arbeiterparteien im Mai in Moskau stattfinden.

-----  
ZU UNSEREM TITELBILD: Es entstand Anfang 1968 vor dem Athener Zentralgefängnis Averof, in dem politische Häftlinge eingekerkert sind.

## REPUBLIKANISCHER CLUB

DONNERSTAG, 28. November, 20 Uhr: "Die weitaus überwiegende Auffassung", über soziologische Aspekte der Homosexualität spricht der Schriftsteller und Satiriker Dr. Felix Rexhausen.

FREITAG, 29. November, 20 Uhr: "Zur Strategie direkter Aktionen in Formaldemokratien". Es spricht Dr. Ebert.

## TERMINE

MONTAG, 25. November, 23 Uhr: "In the year of the pig", polemische Vietnam-Dokumentation des Regisseurs Demile de Antonio im Filmtheater "Bellevue" in einer Veranstaltung der Freunde der Kinemathek. Der Regisseur steht nach der Vorstellung zur Diskussion zur Verfügung.

DONNERSTAG, 28. November, 20 Uhr: "Kreuze auf den Barrikaden - Theologie der Revolution". Seminar "Die Evangelische Kirche zwischen Status quo und Engagement" im Jugendfreizeitheim 1 Berlin 30, Frobenstraße 27 (Veranstalter Bezirksamt Schöneberg).

DONNERSTAG, 28. November, 19.30 Uhr: Auf Einladung des Marxistischen Arbeitskreises im Landesverband Westberlin der SPD spricht Willy Huhn "Über die Lehren des 9. November 1918" im Bezirksamt Tiergarten, Turmstraße 35, Balkonsaal vorne I.

## AFFÄRE TEGEL: STRAFANZEIGEN UND FRAGEN AN DEN JUSTIZSENATOR

Obwohl schon am Mittwoch in der Presse berichtet wurde, daß der Präsident des Justizvollzugsamtes, Schmiedeke, gegen Autor und Informant des EXTRA-Reports über Zustände in der Tegeler Küche (Nr. 92/II) Strafanzeige wegen übler Nachrede gestellt habe (so die "Morgenpost") oder stellen werde ("Tagesspiegel"), war am Freitagmittag bei Redaktionsschluß noch keine Anzeige bei der Staatsanwaltschaft eingegangen. Nach Rückfrage bei der Justizpressestelle wurde erklärt, daß die Anzeige am Donnerstagnachmittag "durch Fach" abgeschickt worden sei und erfahrungsgemäß erst 24 Stunden später auf dem Dienstweg eintreffen könne. Schmiedeke hatte in einer Erklärung verlauten lassen, die von EXTRA-Dienst erhobenen Vorwürfe würden "jeder Grundlage entbehren". Daraufhin erstattete EXTRA-Dienst-Redakteur Martin Buchholz seinerseits Strafanzeige, da die Schmiedeke-Erklärung "ehrverletzend und darüber hinaus berufsschädigend" sei. In einem Buchholz-Schreiben an den Generalstaatsanwalt, in dem ausführlich der Hergang der Recherchen geschildert wird, heißt es: "Ich bitte zu prüfen, inwieweit sein (Schmiedekes) Vorgehen den Tatbestand übler Nachrede, öffentlicher Beleidigung und falscher Anschuldigung erfüllt". Es werden für die in dem Report aufgestellten Behauptungen zahlreiche weitere Zeugen angeboten, "deren Namen wir erst preisgeben können, wenn gewährleistet ist, daß sie nicht möglichen Repressalien im Gefängnis ausgesetzt sind". In diesem Brief drückt Buchholz seine "Verwunderung" darüber aus, "daß bei Bekanntwerden der Vorwürfe die Staatsanwaltschaft nicht sofort von sich aus eine Untersuchung eingeleitet hat". Erst am Donnerstag wurde der den Behörden namentlich bekannte Informant zum erstenmal mehrere Stunden lang vernommen.

Darüberhinaus hat EXTRA-Dienst an den Herrn Justizsenator vier konkrete, leicht beantwortbare Fragen. Wenn die Vorwürfe in EXTRA-Dienst jeder Grundlage entbehren: 1. Warum hielt man dann zwölf Jahre lang eine Katze im Küchentrakt, wenn es dort keine Mäuse gibt? 2. Warum muß alle paar Monate der Kammerjäger in den Küchentrakt kommen, wenn es dort kein Ungeziefer wie Küchenschaben gibt? 3. Bei welcher Gelegenheit erlitt der Gefangene Karl Heinz Grosch schwere Verbrennungen, wenn es nicht zutrifft, daß ein Heizungskessel im Küchentrakt platzte? 4. Wo wurde während der viermonatigen Bauarbeiten im Küchentrakt gekocht, wenn es nicht zutrifft, daß die Küche während dieser Zeit weiterbenutzt wurde? 5. Aus welchem Grund wurde im Januar dieses Jahres ein Küchenarbeiter mit Vornamen Ewald ins TBC-Krankenhaus eingeliefert? 6. Wie erklärt man sich die nach unseren Informationen aus dem TBC-Krankenhaus Plötzensee ansteigende Zahl von schweren TBC-Fällen in Tegel (im letzten Jahr neun), da doch die Gefangenen vor ihrer Einlieferung nach Tegel gründlich untersucht werden, falls keine TBC-Rinderlungen für Lungenhaschee verarbeitet werden?

WO WURDE DIE SCHARF-ÄUSSERUNG VERDREHT? / VON C. L. GUGGOMOS

Ein bemerkenswertes Licht auf das Verhältnis, das einige politische Repräsentanten dieser Stadt zur Wahrheit haben, werfen Erklärungen, die in jüngster Zeit zur Vorgeschichte der Vietnam-Demonstration vom 18. Februar in Westberlin abgegeben worden sind. EXTRA-Dienst berichtete (Nummer 87/II) über Aussagen Neubauers vor der Bundesschiedskommission der SPD. Zitat: "Neubauer behauptete, daß Bischof Scharf in seinem Dienstzimmer geäußert habe, daß in der Spitzengruppe der Vietnam-Demonstration vermutlich Waffen getragen würden und daß geschossen würde, wenn die Polizei eingreife". EXTRA-Dienst fügte hinzu, daß sich "der Bischof vermutlich zu dieser Darstellung noch äußern wird". Das geschah im Evangelischen Pressedienst. Dort steht deutlich und klar: "Bischof D. Scharf hat weder in der Besprechung vom 9. 2. 1968 noch bei anderer Gelegenheit erklärt, 'ausländische Vietnam-Kongreßteilnehmer würden ihrerseits schießen' oder 'in der Spitzengruppe der Vietnam-Demonstration würden vermutlich Waffen getragen und es würde geschossen, wenn die Polizei eingreife'." Der Evangelische Pressedienst verlautbart weiter: "Bürgermeister Neubauer hat auf Anfrage erklärt, auch er behauptete nicht, daß der Bischof von 'Schießen' oder 'Waffen' gesprochen habe. Der Bischof habe darauf aufmerksam gemacht, daß am Kongreß ausländische Gruppen beteiligt seien, deren Verhalten gegenüber der Polizei nicht abzuschätzen sei." Dieses Dementi Neubauers dem Evangelischen Pressedienst gegenüber steht nun allerdings im Widerspruch 1. zu der persönlichen Aussage Neubauers im Schiedsgerichtsverfahren der SPD gegen das SPD-Mitglied Jürgen Gerull, was der EXTRA-Dienst zu beweisen in der Lage ist. Und 2. im Widerspruch zu einer Aussage des ehemaligen Polizeipräsidenten Georg Moch am 13. November 1968 vor der 8. Zivilkammer des Landgerichts Berlin. In öffentlicher Sitzung erklärte damals Moch wörtlich: "Bei der Dienstbesprechung am Donnerstag hat ein Angestellter der Innenverwaltung, ich weiß nicht, ob es ebentuell der Kläger (Neubauer) selbst war, auf die Befürchtung von Bischof Scharf hingewiesen, es könnte Tote geben. Dieser hatte kurz zuvor bei einer Besprechung darauf hingewiesen, daß eventuell an der Demonstration teilnehmende Ausländer über Schußwaffen verfügten und es zu Schießereien kommen könne, wenn die Demonstration nicht genehmigt, sondern aufgelöst wird." Was also nun ist richtig? Es ist ja nicht anzunehmen, daß Polizeipräsident Moch Scharf-Äußerungen erfindet, noch dazu vor Gericht, also in Erwartung, daß er vereidigt wird. Moch behauptet auch nicht, daß er dabei war, als Scharf solche Äußerungen getan hat. Moch behauptet nur, ein Angehöriger der Innenverwaltung, eventuell Neubauer selbst, habe über eine solche Äußerung Bischof Scharfs berichtet. Wenn man sich die damalige Situation in Erinnerung ruft, kann man sich vorstellen, wo ein Zitat von Bischof Scharf verschärft worden ist: Nur da, wo man Interesse hatte, die Situation zu verschärfen. Dazu Moch wörtlich vor dem oben zitierten Gericht: "Im übrigen hat der Kläger (Neubauer) in der Zeit vor der Vietnam-Demonstration insbesondere anlässlich meiner Amtseinführung am 12. 2. 1968 den Standpunkt vertreten, der Polizeieinsatz gegen Demonstranten müsse entschiedener und härter erfolgen. Ich habe demgegenüber zum Ausdruck gebracht, daß der Polizeieinsatz zwar entschieden sein müsse; aber nicht unbedingt hart, sondern der Situation angemessen erfolgen müsse und die Gesetzmäßigkeit respektieren müsse. Es war infolgedessen eine gewisse Differenz zwischen den Anschauungen des Klägers und meinen Anschauungen." Jetzt ist mit Erklärungen also wieder der Mann an der Reihe, der Westberlins Regierender Bürgermeister werden will: Kurt Neubauer.

SONNTAG IM RC: DIE "SCHWARZE GARDE" WIRD GEGRÜNDET

Am Sonntag, 24. November, 16 Uhr, wird die "K 99" im Republikanischen Club auf einer jedermann zugänglichen Pressekonferenz ihre Umbenennung in "Schwarze Garde" begründen. Wie aus Kreisen der "K 99" zu erfahren ist, versteht sich die Um- und Neugründung als Reaktion auf die "Rote Garde", deren politische Aussagen von der "Schwarzen Garde" analysiert werden sollen.

## SPD-PARTEITAG: VOR EINEM INNERPARTEILICHEN VERFASSUNGSBRUCH?

Die Westberliner SPD-Führungsgremien beabsichtigen, bei dem am Freitagabend (nach Redaktionsschluß) begonnenen und am heutigen Sonnabend endenden außerordentlichen Landesparteitag ein auf ein Jahr befristetes Statut mit einfacher Mehrheit in Kraft setzen zu lassen, obwohl für Statutenfragen zwingend die Zweidrittelmehrheit vorgeschrieben ist. Dieser innerparteiliche Verfassungsgrundsatz soll umgangen werden, indem der Landesparteitag eine "Empfehlung" des Vorstandes und des Landesausschusses über dieses befristete Statut annimmt. Das zentralistische Zwischenstatut wird von der Linken abgelehnt, die ein eigenes Konzept erarbeitet hat. Die rechte SPD-Führung ist sich darüber im klaren, daß sie derzeit für ein ihr genehmes Statut keine Zweidrittelmehrheit (171 Delegierte von 256) zusammenbekommt. Man will daher die Parteiwahlen im kommenden Jahr abwarten. Die Linke wünscht hingegen, die an diesem Wochenende begonnene Diskussion auf einem zweiten außerordentlichen Parteitag im Dezember zu beenden und eine neue, dem Bundesparteiengesetz und dem Bundesstatut angepaßte Parteiverfassung schon Anfang 1969 in Kraft zu setzen. Falls das Parteitagspräsidium es zuläßt, daß die Statutenfrage mit einfacher Mehrheit entschieden wird, könnte es zu einer gerichtlichen Auseinandersetzung um diese Frage kommen.

## JUNGE UNION: SOLLTE IN OSTBERLIN "SPIONIEREN"

Eine "Absicherung" des Bundesparteitages der CDU Ende Oktober sollte, nach Vorschlägen von rechten Gruppen der Westberliner und Bundes-CDU, schon "im östlichen Vorfeld" beginnen. Einige CDU-Mitglieder machten den abenteuerlichen Vorschlag, Mitglieder der Jungen Union, die Bundesausweise haben, in den Ostteil der Stadt zu schicken, um dort "Veränderungen an der Grenze und eventuelle Manöver der Kampfgruppen" zu erkunden. Die Junge Union lehnte solche Vorschläge als "Blödsinn" ab; sie "habe keine Lust, unsere Mitglieder im Osten festnehmen zu lassen."

## HAMBURG: ERSTE WESTDEUTSCHE SPD-BETRIEBSGRUPPE AN UNIS

Nach Westberliner Vorbild wurde jetzt in Hamburg die erste westdeutsche SPD-Betriebsgruppe an Hochschulen gegründet. Die 120 Gründungsmitglieder wählten einen 15köpfigen kollektiven Vorstand, in dem alle Gruppen der Hochschulen vertreten sind: 5 Professoren und Dozenten, 7 Studenten und 3 Angestellte. Die Betriebsgruppe will sich der Untersuchung der Hochschulstrukturen und der Hochschulgesetzgebung annehmen.

## SICKERT-PROZESS: DER DGB-CHEF NICHT ALS ZEUGE?

Am 6. Dezember (9 Uhr, Saal 101) stehen in Moabit die Falken-Mitglieder Beinert, Bischoff, Schrankel, Soukop und Tennstedt wegen "Beleidigung" des DGB-Vorsitzenden Sickert vor Gericht. Sie hatten gegen einen Strafbefehl (je DM 300,-) Einspruch eingelegt. In einem Brief hatten die fünf Falken Sickert als Lügner bezeichnet; es ging dabei um die Stellung des DGB-Vorsitzenden zu Vietnam und zur Mai-Demonstration, wozu Sickert falsche Angaben gemacht hatte. Die Falken wollten einen Prozeß erzwingen, in dem Sickert öffentlich gestellt werden kann. Ein juristischer Trick wird das unter Umständen verhindern: Sickert soll als Nebenkläger, nicht als Zeuge auftreten. - In diesem Zusammenhang ist interessant, daß bei den Falken eine Dokumentation über das Verhalten Sickerts zu wichtigen politischen und sozialen Fragen zusammengestellt wird. Mitarbeiter für diesen "Arbeitskreis Sickert" können sich bei H. Beinert (Telefon 455 10 41) anmelden.

## KOMMUNE-PROZESS: TEUFEL-HAFTRICHTER ALS BEFANGEN ABGELEHNT

An zwei Tagen, dem 25. November und 4. Dezember, Saal 101, jeweils 9 Uhr, wird gegen Mitglieder der Kommune I in einer Berufungsverhandlung wegen deren Beteiligung an einem Rathaus-Go-in verhandelt: Bei diesem Go-in sollte damals der Fall Fritz Teufel und die Haftpraxis des Teufel-Richters Pahl mit den Abgeordneten diskutiert werden. Das erklärte Ziel der Diskussions-Demonstration war es, "ein Justizverbrechen zu verhindern" (so ein Flugblatt). Ausgerechnet der damals angegriffene Richter Pahl soll nun Vorsitzender der Berufungsverhandlung sein. Der Antrag Rechtsanwalt Mahlers, ihn als befangen zu betrachten, wurde inzwischen abgelehnt.

## PERSONALIEN

GERHARD SCHMID, Vorsitzender des SPD-Ortsvereins Westheim (Augsburg) wurde aus der SPD ausgeschlossen. Auf APO-Flugblättern hatte er führende SPD-Politiker kritisiert, weil sie zwar energisch gegen die CSSR-Intervention protestiert, zum US-Krieg in Vietnam aber geschwiegen hatten.

HORST MAHLER, Rechtsanwalt in Westberlin, hat Justizsenator Hoppe gebeten, auf dem Dienstaufsichtswege Ermittlungen über die im EXTRA-Dienst erhobenen Vorwürfe gegen die Zustände in der Tegeler Gefängnisküche (92/II) anzustellen. Er stellte eine Frist bis zum 15. Dezember, um die EXTRA-Dienst-Vorwürfe zu widerlegen. Anderenfalls will Mahler bei der Europäischen Kommission zum Schutz der Menschenrechte in Straßburg vorstellig werden, um die Anschuldigungen zu prüfen.

### WAHRHEIT: BRIEFWECHSEL SEMLER - BIASTOCH

Das Zentralorgan der SED Westberlin, "Die Wahrheit", veröffentlicht in ihrer Freitagsausgabe einen Briefwechsel zwischen dem Westberliner Arbeiter Klaus Biastoch und dem führenden Westberliner SDS-Mitglied Christian Semler. Biastoch hatte Semler vorgeworfen, weit ab von jeder realen Einschätzung der wirklichen Situation und Stimmung bei den Lohnabhängigen gewesen zu sein, als er und andere APO-Mitglieder die Auseinandersetzung mit der Polizei vor dem Landgericht begannen. Im übrigen sei mit dieser Attacke vom CDU-Bundesparteitag in Westberlin abgelenkt worden. Aktionen wie die vor dem Landgericht und die theoretische Einschätzung davor schaden der studentischen wie der Arbeiterbewegung.

Semler antwortete, daß die Aktion vor dem Landgericht eine "spontane Widerstandshandlung" gewesen sei, die "allerdings während der Demonstration geordnete Formen annahm". Die wirkliche Lage und Stimmung der arbeitenden Massen sei keine Konstante, "sondern durch umfassende Aktionen wie z. B. die Justizkampagne, veränderbar". Semler fragte Biastoch, ob er etwa davon ausgehe, daß die elementare Einsicht in den Klassencharakter von Justiz und Polizei bei den werktätigen Massen verlorengegangen sei. Semler nimmt auch zur "gegenwärtigen Entfremdung zwischen den Genossen der SED und dem SDS" Stellung, die nicht in der "sektiererischen Politik einzelner 'Führer'", sondern in der Tatsache, daß über einige grundlegende Fragen (friedlicher Weg zum Sozialismus, Parlamentarismus, friedliche Koexistenz, Arbeiterkontrolle-Mitbestimmung) keine offene Diskussion stattgefunden habe. Semler macht abschließend den Vorschlag, die aufgeworfenen Fragen weiter zu diskutieren. - Die "Wahrheit" publizierte den Briefwechsel unter der Schlagzeile "Offene Diskussion".

### "WELTBÜHNE" OSTBERLIN: SENGHOR, MARX UND GELBE ROSEN

Von einem Besuch bei Leopold Senghor, dem Präsidenten der Republik Senegal und Friedenspreisträger des Deutschen Buchhandels 1968, berichtet die Ostberliner Zeitschrift "Die Weltbühne". Für ihren Korrespondenten Rainer Arnold ist Senghor "fraglos ein bemerkenswerter Mann", "eine integre Persönlichkeit, der das Beste für Afrika wollte". Senghor, der sich einst dem westdeutschen Botschafter im Senegal als Liebhaber Kants, Goethes und westdeutscher Automobile zu erkennen gab, bekannte dem Ostberliner Besucher, daß er "das gesellschaftspolitische Konzept des Marxismus teilt". Die "Weltbühne" zeigt sich denn auch bedingt beeindruckt von Senghor, "dessen Empire-Arbeitszimmer, mit einem Bildnis de Gaulles und einem großen Bukett herrlicher gelber Rosen geschmückt, einen so faszinierenden, so europäischen Eindruck auf mich machte". Immerhin: Auch Rainer Arnold bemerkt an dem "Sechziger mit dem bebrillten Intellektuellengesicht" fragwürdige Züge: Senghors Politik sei ein "lyrischer Sozialismus: abstrakt-idealistisch, eine Mythologie, keine Wissenschaft". Das aber - so die "Weltbühne" - bedeute letztlich eine "Entmannung des Sozialismus".

### DGB WESTBERLIN: KEIN GESPRÄCH MIT RC-VERTRETERN

In seiner letzten Landesvorstandssitzung hat es der Westberliner DGB abgelehnt, sich

an Podiumsdiskussionen oder anderen Veranstaltungen zu beteiligen, an denen auch Vertreter des Republikanischen Clubs teilnehmen. Anlaß für diese Entscheidung war eine Bitte der Studentenvertretung der Wiso-Fakultät der FU, einen DGB-Vertreter zu einer am 18. November geplanten Mitbestimmungs-Diskussion zu entsenden. Die Studentenvertretung hat dazu erklärt, es zeige sich deutlich, daß der Westberliner DGB "an einer breiten Mitbestimmungsdiskussion nicht interessiert ist... (es) ist immer wieder bestürzend zu sehen, in welchem Ausmaß sich der DGB Berlin mit den herrschenden reaktionären Mächten verbündet und progressive Kräfte zunehmend diskriminiert und bekämpft." Urteile des DGB Westberlins "über Toleranz oder Intoleranz anderer Gruppen" könnten in Zukunft "nicht mehr ernst genommen" werden.

#### TEGEL-REPORT: SCHÜLERZEITUNG UNTER DRUCK

Das "Blättchen", die in einer Auflage von 1000 Stück erscheinende Schülerzeitung des Ernst-Abbe-Gymnasiums in Neukölln, wurde von der Schulleitung unter Druck gesetzt, weil es den EXTRA-Report über Gewalttätigkeiten, sexuelle und materielle Ausbeutung im Zuchthaus (81/II) auszugsweise übernommen hatte. Noch während der Herbstferien erhielt Abbe-Direktor Dr. Schönwalder ein Belegexemplar. Er teilte daraufhin der Redaktion mit, der Tegel-Report sei "jugendgefährdend", das "Blättchen" dürfe nicht verkauft werden. Der Vorschlag, den Tegel-Report nur den Schülern der 7. bis 9. Klasse zugänglich zu machen, wurde ebenfalls abgelehnt. Die Redaktion war, um die Schülerzeitung nicht zu ruinieren, gezwungen, den vierseitigen Tegel-Report aus dem Blatt zu nehmen. Die Redaktion bot individuell Schülern an, sich in den Redaktionsräumen den Report durchzulesen. Dem wurde dadurch ein Riegel vorgeschoben, daß der Stellvertretende Schulleiter Strunz seine Pausen in den Redaktionszimmern verbringt und interessierte Schüler "umleitet".

#### SCHWABEN-STREICH: DESERTEUREN AUFENTHALT IN WESTBERLIN VERBIETEN

Die "Augsburger Allgemeine Zeitung", größte Zeitung des bayrischen Regierungsbezirks Schwaben, erregt sich in einem Kommentar über die vom Republikanischen Club unterstützte Klage eines desertierten Wehrpflichtigen (91/II). Im Kommentar heißt es: "Es bedarf keines großen Scharfblicks, um zu erkennen, daß die Notlage der Stadt ausgenützt werden soll... Der Senat sollte prüfen, ob er diese Verräter (gemeint sind offenbar sowohl Wehrunwillige als auch der Republikanische Club. Die Red.) nicht mit ihren eigenen Argumenten schlagen kann, indem er kraft seiner Vollmachten ein Gesetz erläßt, das Deserteuren und Wehrdienstverweigerern den Aufenthalt in der Stadt verbietet. Er kann dafür die Wahrnehmung berechtigter eigener Interessen geltend machen, denn schließlich ist das freie Berlin kein Müllabladepplatz. Um leben zu können, braucht diese Stadt die Gewißheit, daß sie auch von innen heraus nicht bedroht ist und sich sichern kann."

#### REDAKTIONELLE HINWEISE

APO-MUTTER IN KREUZBERG gesucht, die sich mit eineinhalbjährigen Mädchen während einiger Stunden beschäftigt, in denen die richtige Mutter Vorlesungen besucht. Um Zuschrift bittet Beta Siebel, 1 Berlin 36, Waldemarstraße 87.

DIE EVANGELISCHE AKADEMIE IN TUTZING (8132 Tutzing, Postfach, Telefon 081 58/666) veranstaltet im Frühjahr einige interessante Tagungen, zu denen frühzeitige Anmeldungen erforderlich sind. 31.1. - 2.2.1969: "Mao - Ho-tsching-minh - Che Guevara", Analyse ihrer Wirkungen, für Schüler der Oberstufe; 7. - 9.3.1969: "Karl Marx und seine gegenwärtigen Schüler", philosophisch-kritisches Seminar mit Dr. Günter Rohrmoser; 7. - 13.4.1969: "Wie begreift sich der Arbeiter heute?", wirtschaftspolitisches Kolloquium; 25. - 27.4.1969: "Arbeiter und Studenten - zwei soziale Positionen, unterschiedliches Bewußtsein, gemeinsame Aktionen?", ein Kolloquium.

DAS REPUBLIKANISCHE CENTRUM Velbert-Niederberg hat in Velbert, Elberfelder Straße 27, vier eigene Räume gemietet. Am 8. Dezember, 17 Uhr, soll dort die erste größere Veranstaltung mit dem Bänkelsänger Dieter Süverkrüp stattfinden. Kontaktadresse für das Centrum bleibt weiter: Klaus H. Jann, 5603 Wülfrath, Norderbach 59.

## POLITISCHE GEFANGENE: BRIEFE AUS GEFÄNGNISSEN

Die internationale Organisation "Amnesty International" hat zu einer "Woche des politischen Gefangenen" aufgerufen, die am vergangenen Sonntag begann. "Amnesty International" nimmt sich aller politischen Gefangenen an, ohne auf die Hintergründe ihrer Verhaftung oder auf die gesellschaftliche Situation in einem Lande einzugehen. In dieser Woche möchte die Deutsche Sektion des Vereins (2 Hamburg 1, Steinstraße 23, Tel. 32 12 17) durch Veröffentlichung von Briefen aus Gefängnissen auf die Situation in zahlreichen Ländern aufmerksam machen und bittet um finanzielle Unterstützung, um den Gefangenen Rechtsbeistand gewähren zu können. EXTRA-Dienst veröffentlicht nachstehend drei Dokumente der "Amnesty International", jeweils leicht gekürzt.

## I. SÜDAFRIKA

Albie Sachs, Jahrgang 1933, geboren in Kapstadt, weiße Hautfarbe. Mitglied einer Studentengruppe, die aus christlichen Motiven gegen die Apartheidpolitik ankämpfte. Später Rechtsanwalt. Im Oktober 1963 erstmals aufgrund des 90-Tage-Gesetzes verhaftet. Das 90-Tage-Gesetz erlaubt, Menschen für drei Monate ohne Anklage festzuhalten. Es hat sich die Praxis eingebürgert, Verhaftete nach 90 Tagen freizulassen und unmittelbar darauf wieder zu verhaften. Hier ein Bericht von A. Sachs:

"Der Hauptmann steht in der Tür meiner Zelle. Er sagt: 'Ihre 90 Tage sind um, Sie können gehen.' Ich sehe ihn mit Argwohn. Irgendetwas stimmt nicht. 'Sie sind frei', sagt der Hauptmann. Ich traue ihm nicht, Wir stehen da, sehen uns gegenseitig an. Der Hauptmann sieht auf die Kleinigkeiten, die ich mit in die Zelle nehmen durfte und die auf einem Bord stehen. Er lächelt mich herzlich an und sagt: 'Wie wollen Sie das ganze Zeug mit nach Hause bekommen?' Mir wird schwindlig; das kann nur eines bedeuten: Ich bin frei. 'Sie meinen wirklich frei?' Die Worte kommen mir kaum über die Lippen. 'Kann ich meine Mutter anrufen?' Der Hauptmann nickt: 'Selbstverständlich', versichert er. Ich kann nicht mehr stehen, setze mich auf die Bank. Der Hauptmann geht hinaus. Ich bin frei, es ist alles vorbei. Ich bin frei. Da kommt der Hauptmann zurück. Der wachhabende Offizier begleitet ihn. Der Wachhabende kommt auf mich zu, hält mir die Hand hin, er grinst. Ich stehe auf, greife seine Hand, will irgendetwas sagen. Dann er: 'Sie sind verhaftet.' Er spricht freundlich, als ob er sagte, wie geht es ihnen. Sie sind verhaftet. Es beginnt alles von neuem. Warum haben Sie das getan? Ich darf kein Gefühl zeigen, sie dürfen nicht merken, daß ich schwach bin. Sie sind Hunde. Meine Kehle ist trocken, ich möchte mich hinlegen."

## II. PORTUGAL

Brief einer Portugiesin an einen Freund in London, deren beide Kinder von der Lissaboner Geheimpolizei verfolgt werden. Ein Kind ist im Gefängnis, das andere im Untergrund; deshalb wird kein Name genannt. Hier der Brief:

"So verläuft die Besuchszeit: Sie betreten einen großen Raum mit einer Art Theke in der Mitte, die den Gefangenen vom Besucher trennt. Die Theke ist fast zwei Meter breit und hat in ihrer Mitte eine dicke Glasscheibe. Dies bedeutet eine größere Trennung; denn man muß rufen, damit die Stimmen durch die Scheibe dringen. Zu jeder Besuchszeit sind vier Gefangene im Raum, von zwei Wächtern bewacht. Diese hören alles, was gesagt wird. Der Gefangene darf nichts über das sagen, was hinter den Mauern des Gefängnisses vorgeht. Alle vier Gefangenen und ihre Besucher sprechen zur gleichen Zeit, rufen zur gleichen Zeit, und sie werden sich vielleicht vorstellen können, mit welchem Eindruck man voneinander scheidet. Ich habe zwei Kinder, das ältere ist eine Tochter, das jüngere ein Sohn, den ich im Gefängnis besuche. Meine Tochter ist 26 Jahre alt, und es ist jetzt genau sechs Jahre her, daß wir uns zum letzten Mal sahen. Sie war damals genau 20, als die Geheimpolizei sie aus politischen Gründen jagte. Die einzige Möglichkeit, der Inhaftierung zu entgehen, war unterzutauchen. Wir hören nichts mehr voneinander, dürfen uns nicht sehen und auch keine Nachricht senden.

Eines Nachts im Jahre 1962 drei Uhr morgens hämmerte die Geheimpolizei an meiner Tür. Ich weigerte mich, um diese Zeit die Tür zu öffnen. Sie brachen die Tür auf. Sie

suchten meinen Sohn. Er war damals 17. Von dem Zeitpunkt an waren sie hinter ihm her. 1964 faßten sie ihn. Sie brachten ihn ins Gefängnis und folterten ihn. 11 Tage und Nächte verbrachte er, ohne daß man ihn schlafen ließ. Er wurde angeklagt und verurteilt. Meine Kinder haben kein Unrecht getan, ihr Fehler ist es vielleicht, daß sie Glück und Freiheit für alle wollen."

### III. BRASILIEN

Der Brief stammt von der brasilianischen Lehrerin Bastos, die 16 Jahre lang Kinder unterrichtete. In den letzten Jahren ihrer Lehrtätigkeit begann sie, sich auch politisch zu betätigen. Sie forderte auf Versammlungen eine energische Landreform, die Bekämpfung des Analphabetentums (60 Prozent) und der Prostitution. Ihre politische Tätigkeit endete mit dem Beginn der Militärdiktatur. Hier ein Brief der Lehrerin:

"Ich wurde am 18. April 1964 in meinem Haus in Vitoria de Santo Antao, einer Stadt nahe der Hauptstadt, unter Gewehrkolbenschlägen und moralischen Beleidigungen von beinahe 20 Polizisten verhaftet - vor den Augen meiner Kinder. In Recife wurde ich im Sicherheitssekretariat öffentlich zur Schau gestellt, die Herren der Fabriken und ihre Söhne drohten mir, mich jeden Augenblick zu erschießen.

Mein Verbrechen war es, die Agrarreform für Millionen Landarbeiter ohne Land zu verteidigen. Ich war keine Kommunistin. Jetzt weiß ich, daß es notwendig ist, Kommunistin zu sein. Ich habe niemals einer illegalen Partei angehört. Ich habe nichts getan, was meine Verurteilung zu 6 Jahren und 2 Monaten rechtfertigen könnte.

30 Tage lang haben sie mich zur Schau gestellt. Ich blieb 120 Tage in Einzelhaft, 10 Tage davon ohne jede Waschgelegenheit und Nahrung, 30 Tage versuchte man, mich ohne Schlaf zu halten. Es gibt hier Landarbeiter, Analphabeten, die zu 10, 15 und 18 Jahren verurteilt worden sind. Auch ein katholischer Geistlicher ist hier: 22 Jahre Haft. Hilfe für sie alle! Ich selbst bin zwei Monate nach meiner Verhaftung aus meinem Beruf entlassen worden. Auf diese Weise verloren meine Kinder ihren Lebensunterhalt. Sie nahmen mir meine bürgerlichen Ehrenrechte für 10 Jahre. Das wird mir auch die Möglichkeit nehmen, nachher Arbeit zu finden. Niemand wird es riskieren, mir Arbeit zu geben. Nach meiner Verurteilung habe ich an den höchsten Gerichtshof Brasiliens appelliert. Dort liegen die Akten schon seit einem Jahr und acht Monaten ohne Beschluß."

### EXTRA-DOKUMENTATION

#### ANARCHO-KOLLEKTIV HAMBURG: MÖGLICHKEITEN DER OPPOSITION HEUTE

In den Ausgaben 87/II und 88/II dokumentierte EXTRA-Dienst theoretische Beiträge zur Auseinandersetzung um Strategie und Taktik der Außerparlamentarischen Opposition mit Beiträgen von Oskar Negt und Marcus Scholz. Wir schließen die Dokumentation mit einem (leicht gekürzten) Beitrag des Hamburger "Anarcho-Kollektivs", dem die Autoren den Titel "Möglichkeiten der Opposition heute" gegeben haben:

Der Sammelbegriff APO war bisher noch sehr ungenau; er faßte die divergierendsten politischen Meinungen unter ein zunächst einmal negatives Konzept zusammen, das der "wahren Demokraten" gegen die Verächter unseres Grundgesetzes. Es ging also nicht darum, ein gemeinsames Minimalprogramm zu entwickeln und zu verwirklichen, ja, es wurde nicht einmal der Versuch gemacht, ob ein solches Minimalprogramm zwischen den einzelnen Gruppierungen überhaupt möglich ist, sondern erst einmal unter der Devise "Politisch links ist, wer nicht rechts ist" gewurschtelt. Versuche dieser politischen Standortbestimmung innerhalb des RCH's wurden bisher immer abgewürgt und sollten dann, als die Situation nicht mehr haltbar erschien, in einem verzweifelten autoritären Par-force-Ritt durchgedrückt werden...

So konnte die groteske Situation entstehen, daß politisch so völlig entgegengesetzte Gruppierungen wie die DKP mit ihrer bürokratischen Struktur und ihrer stalinistischen Politik (CSSR) bis hin zur Deutschen Friedensgesellschaft mit ihren pazifistisch-bürgerlichen Ideen und Links-Nationale Kreise (Neue Politik) sich nicht nur den Sammelbegriff APO gefallen ließen und lassen, sondern aus ihm noch den verschiedensten Nutzen ziehen.

Versteht man den Begriff APO derart schizophren, nämlich, daß sich antidemokratische und damit antisozialistische Kräfte (die Gleichung Sozialismus = dogmatischer Marxis-

mus ist falsch, da der Sozialismus dem dogmatischen Marxismus konträr ist) des Begriffes APO bedienen können, um auf einer Welle mitzureiten, an deren Entstehung und Vertiefung sie nicht den geringsten Anteil hatten, die sie vielmehr, wo sie konnten, boykottierten, so fühlen wir uns dieser APO nicht zugehörig, da sie unglaublich ist...

#### PARLAMENTARISMUSFRAGE

Auf uns wird von offizieller Seite und auch vom Vorstand des RCH der Vorwurf des Antiparlamentarismus geschleudert; gemeint ist natürlich eine antidemokratische Grundhaltung. Wenn man einmal davon absieht, daß bei eben diesen Leuten meist der rationale Begriff der Demokratie zu so nebulösen Vorstellungen wie "Die große Gesellschaft" oder "anständigen Demokraten" heruntergekommen ist, der rationale Anspruch der Demokratie also verfälscht in einen irrationalen wurde, um effektiver Herrschaft ausüben zu können, so bleibt doch festzustellen, daß Demokratie und parlamentarisches System nicht unbedingt miteinander identisch sind. Als großes Negativum vor einer noch zu leistenden Parlamentarismusdebatte steht allerdings, daß unser parlamentarisches System, wie es sich jetzt anbietet, gerade in der "Großen Koalition", die Endpunkt einer Entwicklung ist, keine Entgleisung, wie manche Optimisten immer noch meinen, den Anspruch auch einer parlamentarischen Demokratie schon lange nicht mehr erfüllt, daß vielmehr das Gleichsetzen von Parlamentarismus und Demokratie eben die Verfestigung und Verhärtung der nichtdemokratischen, autoritären Leistungsgesellschaft sein soll, zu der die Notstandsgesetzgebung lediglich das Dach bildete.

Wir, ein Teil dieser außerparlamentarischen Opposition, sind nicht der Block, als den man uns darstellt. Als festgefügt Gebilde sehen uns lediglich unsere politischen Gegner, die ihr eigenes politisches Modell, das der Entscheidung von oben nach unten unter Ausschluß demokratischer Mitgliederbestimmung, der dogmatischen Ideologien, die alles, was ihnen nicht genehm ist, als gefährlich, dumm oder utopisch denunziert, unreflektiert auf uns übertragen. Wieweit die Entpolitisierung auf Seiten der offiziellen Parteien schon fortgeschritten ist, fortgeschritten zum Vollstreckungsbeamten der jeweiligen Bundestagsfraktion, zeigt die Reproduktion eigener politischer Verhältnisse, die die kritische Reflexion ersetzte, gerade in Bezug auf den politischen Gegner. Daß die autoritäre "Linke" diesen Zug mitübernahm, zeigt die Ähnlichkeiten beider Konzeptionen: Verhinderung individuellen Denkens; statt Demokratie Autoritätsprinzip und die Übertragung eigener politischer Modelle auf den jeweiligen politischen Gegner...

#### DIE LAGE DER AUSEINANDERSETZUNG IN UNSERER SICHT

1. Die Gesellschaft der Bundesrepublik ist entgegen den Versprechungen des Grundgesetzes eine Klassengesellschaft, in der einige wenige 95 % des Besitzes an Produktionsmitteln haben. Die hieraus entstehenden Konflikte versuchen die Eigentümer dieser Produktionsmittel mit Hilfe der Staatsbürokratie, der Polizei und der Justiz zu unterdrücken, um ihren Besitz nicht zu gefährden.

2. Die Mittel der Ausbeutung haben sich im Laufe der kapitalistischen Entwicklung verfeinert, nicht zuletzt durch die Herausforderung der sozialistischen Länder, wo zwar das Eigentum gerechter, wenn auch noch nicht gerecht verteilt wurde; deren Tendenzen aber darauf hinauslaufen, die Möglichkeiten, die in der freiheitlichen Idee des Sozialismus beschlossen liegen, zu verhindern, um ihre sich schon gebildete etablierte Funktionärschicht nicht zu gefährden. Inwieweit die marxistische Theorie diesen bürokratischen Apparat der sozialistischen Länder stützt oder ihm konträr ist, müßte in einer besonderen Diskussion festgestellt werden. Fest steht nur, daß libertäre Sozialisten (von den autoritären Sozialisten als "Anarchisten" beschimpft) anhand verschiedener Züge der marxistischen Theorie die "Entartungen" des Marxismus schon sehr genau voraussagten. Da die Idee des Sozialismus, auf den sich die "sozialistischen Staaten" zumindest theoretisch berufen, explosiver und effektiver ist, als die praktizierte Wirklichkeit demokratischer, westlicher Staaten, die es nur zu modifizierten Konsumideologien gebracht haben, reagiert die Bürokratie der "sozialistischen Länder" auch bedeutend härter auf Reformbestrebungen als in der Vergangenheit westliche Länder. Doch im Zuge der jüngsten Entwicklung, die Notstandsgesetzgebung und der demokratische Parteitag in Chicago sind nur wenige unter vielen Beispielen, verwischen sich die Unterschiede: seitdem die Oppo-

sition der westlichen Länder das Gedankengut des freiheitlichen Sozialismus übernahm und effektiv zu verwirklichen suchte, ließen auch diese Staaten die scheinliberale innenpolitische Maske fallen und reagierten ungehemmter. "Sozialistische Staaten" und kapitalistische Staaten sind sich näher gekommen.

3. Dieses ungehemmte innenpolitische Reagieren war für alle erkennbar schon in der Behandlung der Befreiungsbewegungen der "Dritten Welt", wo diese Staaten glaubten, keine Rücksicht nehmen zu müssen und die Befreiungsbewegungen unter dem Vorwand des Antikommunismus brutal unterdrückten. (Mit einer ähnlichen Argumentation, der der Konterrevolution, schlugen sozialistische Staaten den Ungarnaufstand und die tschechoslowakischen Reformversuche nieder). Zwar war die Bundesregierung an den Repressionsakten der westlichen Welt nie unmittelbar beteiligt, sie besaß noch nicht das entsprechende außenpolitische Machtpotential, doch mittelbar unterstützte sie die imperialistischen Kriege der USA und Frankreichs durch moralische, politische und materielle Hilfe.

4. Die Mittel der kapitalistischen Ausbeutung sind um vieles verfeinert worden; zu der früheren materiellen Ausbeutung des Frühkapitalismus ist die geistige Ausbeutung hinzugekommen, die sich nicht mehr in Gestalt einer auf ihre geistigen Wahrheiten pochende eifernde Kirche ausdrückt, sondern durch eine gigantisch wuchernde Kulturindustrie, deren einzige Aufgabe Reproduktion statt Reflexion der herrschenden Verhältnisse ist, und die somit die Möglichkeiten eines besseren Lebens verhindert und den Menschen über den Arbeitsprozeß hinaus weiter unterdrückt. In den "sozialistischen Staaten" ist die Situation ähnlich: eine bis ins kleinste durchorganisierte Propaganda manipuliert den Menschen und läßt so all seine intellektuellen Fähigkeiten verkümmern, degradiert ihn zum unpolitischen Menschen und zum Untertanen. Diese beiden Formen der Ausbeutung, die modifiziert materielle und die qualitativ neue geistige Ausbeutung, gingen eine Symbiose ein, die etwas Neues darstellt, und an der traditionelle Marxistische Analysen versagen und versagen müssen, da diese neue Form der Unfreiheit sowohl in kapitalistischen als auch in sozialistischen Staaten anzutreffen ist. Inwieweit dieses System mit all seinen Verästelungen, die selbst das Intimste im Menschen umfunktionieren in eindimensionale Gleise, die ausschließlich der Produktion dienen, noch mit dem System der früheren, direkten Ausbeutung identisch sind, hat Herbert Marcuse in "Der eindimensionale Mensch" bewiesen.

5. Es bestehen verschiedene Ansatzpunkte, diesem Problem beizukommen. Unser Versuch einer Antwort wird in etwa lauten: Traditionelle Parteienbildung mit einem festgestellten Stamm von Funktionären dient nicht dem von uns angestrebten Demokratisierungsprozeß. Gerade unser innenpolitisches Beispiel mit all den Verästelungen von Fraktionszwängen; mit der Manipulierung von oben nach unten und das Beispiel der "sozialistischen Staaten" beweisen, wie weit traditionelle Parteien im privat- oder staatskapitalistischen Staat eine Verhinderung statt Förderung der Demokratie sind.

#### SCHLUSSFOLGERUNG

Aus diesem Versuch einer Analyse unserer Situation kann man, wie wir glauben, ableiten, welche Möglichkeiten der Opposition es heute gibt, welche am effektivsten sind, unser Ziel zu erreichen. Es kann uns nicht darum gehen, alte Organisationsformen, die ihre Schädlichkeit schon bewiesen haben, zu übernehmen; es kann uns nicht darum gehen, eine Theorie kritiklos zu übernehmen, deren Verwirklichung derart viel Unfreiheit mit sich brachte. Unsere Aufgabe wird es sein, an der Basis, d. h. mit den Menschen, die ansprechbar sind, zu arbeiten. Es gilt, Schwerpunkte zu suchen und zu finden, an denen sie noch anzusprechen sind und unseren Aktionen nicht mehr so ratlos und so feindlich wie bisher gegenüberstehen. Wir werden in dieser praktischen Arbeit mit den Menschen lernen und vieles neu erkennen und auch vieles über Bord werfen müssen; das alles ist aber nur möglich, wenn wir innerhalb der APO die Fronten geklärt haben. Denn was nützt uns dieser Kampf, wenn wir mit Leuten zusammenarbeiten, die uns nur in andere Abhängigkeiten bringen wollen.

ZITAT DER WOCHE

Malte-Till Kogge, Chefredakteur der Springer-"BZ", äußerte sich vor einem politischen Jugendclub in Waidmannslust über die Sprache seines Blattes: "Selbstverständlich muß eine Zeitung wie die BZ mit einer sehr großen Leserschaft den Versuch machen, sich verständlich zu machen, vom Herrn Professor in Dahlem bis runter zur Putzfrau in Neukölln, Kreuzberg oder sonstwo. Das setzt eine Sprache voraus, die völlig klar ist und eindeutig. Daß bei dieser Art zu formulieren manchmal ungewollte Schärfe in die Artikel hineinkommen, ist eine andere Sache, über die wir am anderen Tag, wenn wir in Ruhe die Zeitung lesen, auch sehr zwiespältig sind."

----- anzeigen -----

Zeitungslesen kann man überall...

nur nicht all die Zeitungen, die Sie bei uns in der "Drehscheibe" lesen können. Sie kriegen's bei uns täglich schwarz auf weiß - kostenlos, bei einem gemütlichen "Wernesgrüner" oder einem Espresso im Lese-Coupé. Dort haben wir speziell für Zeitungsleser Sessel entwerfen lassen. Unser Prinzip: Lesen und lesen lassen. Tagtäglich neu gibt's selbstverständlich alle Zeitungen aus Westberlin. Dazu aus der DDR: Das "ND", die "Berliner Zeitung", die "Neue Zeit". Dazu aus der BRD: "Frankfurter Rundschau", die "FAZ", die "Süddeutsche", die "Stuttgarter Zeitung", den "Bonner Generalanzeiger", den "Kölner Stadt-Anzeiger", die "Münchner Abendzeitung" und das "Hamburger Abendblatt". Dazu aus dem restlichen Ausland: "New York Times", die "Prawda", "International Herald Tribune", "Le Monde", "The Guardian", "Daily Mail", "The Times"... Dazu viele wichtige Zeitschriften und Magazine des In- und Auslands. Dazu viele interessante Studenten- und Underground-Zeitschriften. Dazu die theoretischen Organe der Linken... Dazu... Wenn Sie wirklich noch etwas vermissen, dann sagen Sie an der Bar Bescheid. Wir werden's nach Möglichkeit besorgen!

Übrigens: Wenn Sie von der Presse die Nase voll haben, kommen Sie trotzdem. Wer nicht lesen will, der kann schachspielen oder Skat spielen oder diskutieren oder flirten oder... na, was Sie eben wollen!

Schauen Sie am besten mal auf einen Schluck vorbei. Sie wissen ja: "Die Drehscheibe", Pfalzburger Straße 20, am Hohenzollerndamm, vier Minuten vom Fehrbelliner Platz, zehn Minuten vom Ku-Damm entfernt (U-Bahn Hohenzollernplatz). Täglich geöffnet ab 18 Uhr.

-----  
LINKES EHEPAAR für Wohngemeinschaft zum 1. Januar 1969 gesucht. Anfragen unter ED 94/II

===== bestellschein =====

EXTRA-DIENST GMBH 1 BERLIN 31 PFALZBURGER STRASSE 20 TEL. 86 21 89

Ich bestelle ab ..... 1968 den Berliner EXTRA-Dienst bis auf weiteres, mindestens jedoch für drei Monate, zum monatlichen Inlandsabonnementspreis von DM 5.00 (Auslandsabonnement DM 6.00; Luftpost-Abonnement Ausland DM 6.00 plus Luftpostzuschlag). Journalistische Auswertung nur nach Sondervereinbarung. Das Abonnement kann jeweils zum 1. eines Monats, jedoch spätestens am 15. des Vormonats, gekündigt werden.

Den Abonnementspreis überweise ich im voraus auf das Postscheckkonto der EXTRA-Dienst GmbH, Berlin-West, Nr. 8521, oder auf das Konto bei der Bank für Gemeinwirtschaft, 1 Berlin 12, Kontonummer 4712.

NAME: .....

WOHNORT: .....

STRASSE: .....

DATUM: ..... UNTERSCHRIFT: .....